

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 21

Köln, den 22. Mai 1931

32. Jahrg.

Pfingstgeist und Führertum.

Der Pfingstjubel draußen in der Natur mit seinem Singen und Leuchten will in diesem Jahre nicht so recht in unser Herz einziehen, das sich andere Male nur zu gern in den Bann der Pfingstfreude schlagen ließ. Unser Herz kann diesmal keinen reinen Spiegel der Natur abgeben, sondern der Glanz ist durch bittere Wehmut getrübt, die auch an den Festtagen nicht ganz schwinden kann. Die Geistesstimmung des ersten Menschen ist in diesem Jahre jener vergleichbar, die uns der Dichter Lenau in den ergreifenden Worten gezeichnet hat: „Mitten in dem Maienglück, lag ein Kirchhof drinnen“.

In unseres Volkes Pfingstglück liegt in stummer Trauer der Kirchhof der Millionen jener, die arbeitslos aus den Reihen der Schaffenden, der voll Lebenden, ausgeschieden sind. Deren trostlose Lage wirkt ihren schwarzen Schatten auch in unsere Seele, denn wir fühlen uns ihnen zu innerst verbunden. Unser Pfingstjubel ist gedämpft.

Wo ist ein Ausweg, wo leuchtet Hoffnung und Rettung für das menschenwürdige Weiterleben von Millionen Volksbrüdern? Der einzelne möchte nur zu gern den trübsten Gedanken sich hingeben und verzweifeln. Denn klar ist es, daß aus solchem nie dagewesenen Wirrsal gewöhnliche Mittel nicht heraushelfen werden und können. Aber da strahlt vor uns die Pfingstbotschaft auf, die Botschaft und Verheißung von Führern und ihrer Sendung, vom Führertum. Dem rechten Führergeist und seinen Taten ist in der Geschichte schon so oft das schier Unmögliche Wahrheit geworden. Was ist es um ihn? Dürfen wir hoffen und vertrauen?

Die Apostel lebten seit der Himmelfahrt in stiller Zurückgezogenheit. Obwohl der Augenschein sie von der Echtheit der neuen Heilbotschaft überzeugt hatte, verhielten sie sich still, von einer gewissen Zagheit befallen. Da kam über sie der Pfingstgeist, und aus den Männern einfachsten Standes, jeder gelehrten Bildung bar, aus den Fischern wurden am Pfingsttage begeisterte Kündler und Bekenner der Lehre Christi, so voller heiligen Eifers, daß fast die damalige Welt ihnen zu enge wurde, daß sie sämtlich ihre Botschaft mit dem Blute besiegelten, daß ihre Kunde in immer weiteren Ringen sich verbreitend, heute nach zweitausend Jahren in die letzten Winkel der Erde gedrungen sind. Aus einfältigen Fischern sind Weltführer geworden.

So ist der Führergedanke ein tiefer Pfingstgedanke. Das Führerproblem selbst aber nimmt in der heutigen Zeit, da die geistigen Werte umgeschichtet werden, eine hervorragende Stelle ein. Ein Volk, das seine Geschichte in die eigenen Hände genommen hat, das für Sein und Werden selbstverantwortlich sein will, muß das Führerproblem als sein Schicksalsproblem ansehen, muß sich auf das eingehendste mit ihm auseinandersetzen. Aller Fortschritt, ja alle Kultur geht von Führern aus. So war es schon immer, wo Menschen in Gemeinschaft lebten, so ist es in erhöhtem Maße, wo Volksgemeinschaft lebendige Wirklichkeit werden und sein soll.

Die erste große Erkenntnis, die uns die Pfingsterzählung vermittelt, ist die, daß Führertum an keine Klasse, an keine Kaste gebunden ist, daß es vielmehr eine Gnade, ein unmittelbares Geschenk des Himmels darstellt. Aus armeligen Fischern sind Menschheitsführer von hinreißender Kraft geworden, als der Geist über sie kam. Nicht durch Kenntnisse und Wissen, nicht durch Studium und Examina wird der wahrhaftige und große Führer gebildet, sondern durch den Führergeist, der unerlernbar ist, der als Geschenk

des Himmels eben da ist, ähnlich wie bei dem echten Künstler. Diese Auffassung von Führergeist, echt pfingstlich, müssen wir alle haben, daß nicht Falschen die Plätze um jeden Preis, nur aus verkehrter Anschauung heraus, offengehalten, den Berufenen aber nicht stärkste Hindernisse in den Weg gelegt werden. Führertum ist Geistesgabe, kann durch erworbenes Wissen und Erfahrung wesentlich vervollkommenet, jedoch niemals erjeht werden. Wo immer echtes Führertum wächst — und nicht allzu häufig findet sich dieses edle Kraut —, da sollte man es dankbar annehmen und seinem Wirken die Wege bereiten.

Ein weiteres zeigt uns die Pfingstüberlegung. Wesenhaft mit dem Begriff des Führertums verbunden, vielleicht sein Wesentlichstes, ist die große, echte, feurige Begeisterung. Das Wissen um die neue Heilslehre hatten die Jünger längst, und doch saßen sie furchtsam und schweigsam in Jerusalem beisammen. Wir können uns die vielen Bedenken ausmalen, die sie hatten, öffentlich vor das Volk zu treten. Da rauschte und brauste in sie der Pfingstgeist hinein und erfüllte ihnen brennend Geist und Herz. Im Nu waren alle Bedenklichkeiten hinweggewirbelt, und siegesicher traten die Apostel — nun erst im eigentlichen Sinne des Wortes „Apostel“, Kündler des Herrn — vor die Menge, predigend, überzeugend, mitreißend, gewinnend. Solche Pfingstbegeisterung muß ein wahrer Führer in sich verspüren. Dann redet er mit feurigen Zungen, und alle kleinlichen Bedenken schwinden vor dem großen Ziele. Wo solche echte Begeisterung ist, die das Herz ganz erfüllt, da geht von selbst der Mund über, und das stürmische Gefühl sucht nach Erfüllung der Idee in der Tat. Darum hüte man sich vor Führern, deren Worte leere Redensarten bleiben, deren Taten, deren Leben nicht mit dem übereinstimmen, was sie großartig verkünden. Das sind Phrasendrescher und Maulhelden, aber niemals verdienen sie den hohen Ehrennamen eines Führers. Denn wäre es möglich, daß brennende Begeisterung sich mit andersgearteter Tat verträgt? Solche falschen Führer hat unser öffentliches Volksleben schon vielfach kennengelernt, und sie haben viel Verderbnis gesät. Vor ihnen heißt es auf der Hut sein.

Welche Bedeutung hat nun der Pfingstgedanke für die Allgemeinheit? Er hilft uns, echte Führer von falschen zu unterscheiden, die falschen als solche zu kennzeichnen und ihnen den Einfluß zu nehmen, den wahren aber ihren Weg ebnen und ihnen mit Vertrauen zu folgen. Doch das ist nicht alles.

Vielmehr gilt das, was vom Geist des großen Führers gesagt ist, in bescheidener Abwandlung auch von den vielen, vielen kleinen Führern, heinahe von allen, die guten Willens sind. Großes Führertum ist eine Himmelsgabe, die tiefen, gefühlsmäßigen Einsichten, der starren, scharfsichtigen und hinreißenden Wille, auch die weitgreifende Erfahrung und die ergänzenden Kenntnisse sind nicht jedem gegeben. Aber die Pfingstbegeisterung für hohe Gedanken und Werte ist es, der sich jeder eröffnen kann. Laß dir zur Herzenssache werden, was du als gut und wertvoll und nützlich erkannt hast, begeistere dich dafür, dann wirst du in dir dein Pfingsten erleben. Denn wofür man begeistert ist, das verschließt man nicht heimlich in seiner Brust, sondern man fühlt sich gedrängt, das hinauszutragen, es andern mitzuteilen, es wirksam werden zu lassen. Wo echte Begeisterung flammt, da folgt notwendig der Versuch, auf andre einzuwirken, sie für eben die Gedanken und Werte zu gewinnen, die man selbst so hoch einschätzt. Der Begeisterung folgt

die Tat, und so kann jeder zum Führer in dem Kreise werden, in den er berufen ist. Dieses Führertum der Alltags- und Kleinarbeit ist durchaus nicht zu unterschätzen, es gibt sogar dem großen Führer erst die Möglichkeit, sich voll auszuwirken.

Daß die Ideenwelt unserer Vereinigung, der christlichen Gewerkschaften, die die Durchdringung des Wirtschafts- und Staatslebens mit christlicher Gesinnung, mit echtem Pfingstgeist zum Ziele hat,

daß diese Ideenwelt Werte darstellt, die der höchsten Begeisterung würdig sind, das brauche ich nicht weiter auszuführen. Wer anderer Meinung ist, gehört nicht in die christlichen Gewerkschaften. An jedem einzelnen aber ist es nun, für diese Ideenwelt sich zu begeistern und in Pfingstgesinnung an ihrer Verwirklichung zu seinem Teile mitzuarbeiten, zu seinem Teile am Führergedanken Anteil zu nehmen.

Der Wohnungsbau unter der Lupe.

Die Bauwirtschaft gilt als Schlüsselgewerbe. In den letzten 10 Jahren wurde sie auch darum besonders gefördert, weil das Problem der Arbeitsbeschaffung angesichts der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit besonders dringlich war und letztere durch eine lebhafte Bautätigkeit sicher stark eingedämmt werden kann. Dem Wohnungsbau, als einem sehr wichtigen und wesentlichen Teil der Bauwirtschaft, flossen aus diesem Grunde sehr erhebliche Mittel aus der öffentlichen Hand zu. Über die zweckmäßige Verwendung dieser Mittel hat man sich lange und ausgiebig geärgert und an der Zuwendung öffentlicher Gelder für den Wohnungsbau herbe Kritik geübt. Der Enquete-Ausschuß hat, mitveranlaßt durch diesen Meinungsstreit, Untersuchungen über den Wohnungsbau in Aussicht genommen, die von dem „Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der Deutschen Wirtschaft“ durchgeführt worden sind. Das Ergebnis dieser Erhebungen über den deutschen Wohnungsbau ist vor wenigen Wochen im Verlag von Mittler und Sohn erschienen.

Der Bericht bezieht sich selbst als unvollständig und betont, daß es aus finanzpolitischen Gründen unmöglich sei, sämtliche Probleme des Baumarktes zu erschöpfen. Der Untersuchungsausschuß hat sich nicht auf eine einheitliche Meinung einigen können und veröffentlicht in der umfangreichen Druckschrift auf 740 Seiten in der Hauptsache die verschiedenen Gutachten einer Mehrheitsgruppe, einer beachtlichen Minderheit und den Sonderbericht des Präsidenten des deutschen Städtetages. Die „Genossenschaftliche Baupraxis“, die Zeitschrift der Bauproduktionsgenossenschaften unserer Richtung, behandelt den Enquetebericht in ihrer Aprilnummer und schreibt:

Das Mehrheitsgutachten des Ausschusses stellt u. a. fest, daß die Mietpreise bisher mittels staatlicher Aufwendungen zu unwirtschaftlichen Sinsätzen, also unter Kapitalverlust, dem Teil des Einkommens angepaßt worden seien, der für Wohnungen verfügbar war. Künftig müsse das Wohnungsangebot an der Nachfrage der Bevölkerung orientiert werden, und die Wohnungsproduktion sei dem Einkommen der Mieterkreise anzupassen. Der Rentabilitätsbegriff sei durch das Bestreben der Bauunternehmungen nach öffentlichen Beihilfen verdrängt worden. An der Gemeinnützigkeit vieler Bauherren, die diesen Titel für sich beanspruchten, wurden erhebliche Zweifel laut. Der hemmende Einfluß der Bürokratie wurde als eine Quelle der Aberteuerung der Baukosten erkannt. Die öffentlichen Zuschüsse für die Bautätigkeit müßten beseitigt werden, und man könne Kostenermäßigungen erwarten. Dem Gedanken der Mietsverbilligung zugunsten der ärmeren Bevölkerung könne man wirksamer dann durch Mietzuschüsse Rechnung tragen, für die das Jahreserfordernis mit 270 Millionen abgeschätzt wird. Demgemäß haben die öffentlichen Wohnbauförderungen allein aus Hauszinssteuermitteln bisher 800 Millionen jährlich beansprucht.

Aus dem sehr umfangreichen Material des Berichts ist ferner zu entnehmen, daß die jährliche Neuproduktion an Wohnungen von 1926 bis 1929 ständig zugenommen hat, und zwar von 195 000 auf 312 000. Insgesamt wurden in den genannten vier Jahren nahezu 1,1 Millionen neue Wohnungen errichtet, darunter 440 000 in den Städten über 50 000 Einwohner. Der Durchschnittspreis für die Herstellung einer Wohnung betrug in den letzten Jahren 10 000 RM, von denen 3000 bis 5000 RM auf öffentliche Mittel mit Vorzugsverzinsung entfielen.

Die Frage, warum die Baukosten so stark gestiegen sind, vermag der Enquetebericht nicht zu beantworten. Auch er schließt sich dem sattsam bekannten und oft widerlegten Gerede von den hohen Bauarbeiterlöhnen an. Vorsichtiger sind die Feststellungen des Enqueteberichtes, daß bei den Baufirmen nicht alles in Ordnung sei. U. a. meint der Bericht, daß die Bauunternehmer infolge des Kalkulationsprinzips an hohen Baukosten interessiert seien. Es wäre erfreulich

gewesen, wenn hier der Enquetebericht im einzelnen die Mißbräuche aufgezeigt hätte, anstatt sie in einen grundsätzlichen Zusammenhang mit der öffentlichen Wohnungsbaufinanzierung zu bringen.

Der Bericht gibt zu, daß aus einer Zurückziehung der öffentlichen Hand vom Wohnungsbau erhebliche Schwierigkeiten entstehen könnten, und sieht den Ausweg in der Einführung von Mietzuschüssen für Kleinstwohnungen sowie in der Förderung des Kleinstwohnungsbau durch Verwendung der Hauszinssteuerrückflüsse.

Entgegengesetzter Meinung ist das Sondergutachten des Präsidenten Muhlert vom Deutschen Städtetag, der in der Untersuchung eine auszeichnende positive Würdigung der Mitwirkung der öffentlichen Hand in der Wohnungswirtschaft vermisst und den Zeitpunkt noch nicht für gekommen hält, eine völlige Neuorientierung der Bauwirtschaft nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten vorzunehmen, weil die ausreichende Befriedigung des Bedürfnisses an Kleinstwohnungen ohne öffentliche Mitwirkung überhaupt nicht möglich sein wird.

Der Sonderbericht der Arbeitnehmer, unterzeichnet von Baltrusch, Baade, Eggert, Hilferding, Tarnow, sagt mit Recht, daß es besser gewesen wäre, auf einen Bericht mit Meinungsäußerungen zu verzichten und lediglich eine Gutachtenammlung vorzunehmen. Die Arbeitnehmermitglieder weisen auf das Fiasko der rein privatwirtschaftlich orientierten Wohnungspolitik der Vorkriegszeit hin, das eine soziale Wohnungspolitik des States notwendig gemacht hat. Sie wenden sich scharf gegen die Auffassung des Mehrheitsberichtes, wonach eine nach sozialpolitischen und sozialhygienischen Grundsätzen geführte Wohnungspolitik nur in Zeiten guter Konjunktur gerechtfertigt sein soll, „gegenwärtig jedoch der Wirtschaftslage nicht entspreche“. Das Sondergutachten der Arbeitnehmer bezeichnet es als Illusion, zu glauben, daß bei Verzicht auf die staatlichen Aufwendungen der Wohnungsbau in seinen Gestehungskosten sich dem für die Miete verfügbaren Einkommenteil der breiten Bevölkerungsmassen hätte anpassen können. Die These, schon die bloße Tatsache eines öffentlichen Zuschusses verteuere die Baukosten, wird als unzureichend begründet abgelehnt. Die monopolistischen Bindungen der Baustoffindustrie und Preisabreden von Unternehmern hätten bei mangelhafter öffentlicher Kontrolle zu Preiserhöhungen geführt, die nicht einfach auf das Konto des Subventionsystems zu setzen sind. Sehr scharf wendet sich das Sondergutachten gegen die Heranziehung der Bauarbeiterlöhne zur Erklärung der hohen Baukosten und weist nach, daß die Verarbeitung des statistischen Materials unzulänglich ist und die daraus gezogenen Schlußfolgerungen falsch sind.

Die Arbeitnehmermitglieder verlangen von der zukünftigen Wohnungsbaupolitik in erster Linie die Berücksichtigung der Wohnungsbedürfnisse minderbemittelter Schichten. Die Finanzierungsvorschläge des Mehrheitsgutachtens werden abgelehnt, da sie für den normalen Zuwachsbedarf nicht ausreichen und die Vorteile in stärkerem Maße den Grundstücksbesitzern als den minderbemittelten Mietern zugute kommen, denn der Hauptteil der Subventionen würde in Form hoher Amortisationszuschüsse den Grundstücksbesitzern als Kapitalgewinn zufließen. Die Arbeitnehmer sprechen sich für die Aufrechterhaltung des Systems verbilligter Hauszinssteuerehypotheken aus, erklären sich aber vorübergehend mit staatlichen Zinszuschüssen einverstanden. Eine tiefgreifende neue Ordnung der Wohnungsbaupolitik wird als verfrüht abgelehnt. Das Sondergutachten der Arbeitnehmer schließt mit den Sätzen: Aber auch nach Wiederherstellung einer von Zuschüssen befreiten Wohnungsbauwirtschaft darf nach der Meinung der Unterzeichneten die öffentliche Wohnungsfürsorge mit ihrem großen Aufgabengebiet nicht wieder verschwinden. Sie sollte vielmehr in der Verbindung mit der Schaffung eines sozialen Mietrechts weiterentwickelt werden.

Notwendige Wohnungsreform.

Die Frage der Wohnungsreform ist zweifellos eine der wichtigsten Fragen der Sozialpolitik überhaupt. Man muß sich darüber klar sein, daß der heutige Wohnungsbau nicht den Anforderungen entspricht, die man aus ethischen Gründen an ihn stellen muß. Der gesundheitliche Zustand eines Volkes ist in hohem Maße abhängig von den Wohnungen. In schlechten Wohnungen, die weder genug Luft noch Licht und Raum bieten, können die Bewohner nicht gesund sein. Und Tatsache ist, daß ein erheblicher Teil der Erkrankungen durch die schlechten Wohnungsverhältnisse verursacht wird. Je enger die Wohnräume, desto größer die Gefahren der Übertragung einer ansteckenden Krankheit. Aber auch der Sterblichkeitsgrad wird durch die Wohnverhältnisse wesentlich beeinflusst. Der Zusammenhang zwischen einer hohen Sterblichkeitsziffer und schlechten Wohnräumen ist so augenfällig, daß niemand die Tatsache übersehen kann.

Untersuchungen, die in dieser Richtung angestellt worden sind, haben mit aller Deutlichkeit den Beweis dafür erbracht. Ermittelt wurde, daß die Sterblichkeit unter demjenigen Teil der Bevölkerung am größten ist, der in Kellerwohnungen wohnt oder nur ein Zimmer als Wohnraum hat. Von 1000 Verstorbenen starben in Berlin im Keller 35, im Erdgeschoß 29, und im ersten Stock 28. Man sieht, daß die Sterblichkeitsziffer im Keller erheblich größer ist als im ersten Stockwerk. Im zweiten Stock steigt nach den Ermittlungen die Sterblichkeitsziffer wieder auf 29, im dritten Stock auf 30 und im vierten Stock auf 32. Es ergibt sich daraus, daß die Sterblichkeitsziffer in den mittleren Stockwerken am niedrigsten ist. Diese Abstufungen des Sterblichkeitsgrades nach Stockwerken geben aber noch mehr zu erkennen. Sie spiegeln auch das Einkommen wider. Man muß hierbei berücksichtigen, daß im ersten und zweiten Stock die Wohnungen zumeist aus mehreren Räumen bestehen. Sie werden daher nur von solchen mit auskömmlichem Einkommen bewohnt, während im Keller und in den oberen Stockwerken die Minderbemittelten wohnen.

Auch die Zahl der bewohnten Zimmer beeinflusst die Sterblichkeit. Die Berliner Ermittlungen ergaben hier, daß von je 1000 Verstorbenen 163,5 in Wohnungen mit einem Zimmer, 22,5 in Wohnungen mit zwei Zimmern, 7,5 in Wohnungen mit drei Zimmern und 5,4 in Wohnungen mit vier Zimmern starben. Der Sterblichkeitsgrad ist danach, wie die Feststellungen einwandfrei ergeben, in den Wohnungen mit einem Zimmer am größten. Je größer die Zimmerzahl, desto niedriger die Sterblichkeitsziffer. Auch hierbei spielen natürlich die Einkommensverhältnisse wieder eine bedeutende Rolle. Der Arbeiter mit seinem Einkommen kann bestenfalls eine Zweizimmerwohnung bewohnen. In den großen Wohnungen wohnen die mit hohem Einkommen, deren Lebensführung nicht den Beschränkungen unterworfen ist.

Diese Feststellungen zeigen, in welcher Richtung die Wohnungsreform durchgeführt werden muß. Es kommt darauf an, daß auch die Kleinwohnungen ausreichend Licht, Luft und Raum bieten. Die Wohnungen in den großstädtischen Mietskasernen sind weit entfernt davon. Tatsache ist doch, daß die Wohnungen in den Hinterhäusern und Quergebäuden zum größten Teil kein Sonnenlicht haben. Auch

die Luft ist schlecht und unzureichend. Und was die Raumverhältnisse anbetrifft, so sind sie oft mehr als eng und dürftig. Zudem werden die engen Räume zumeist von mehreren Personen, Erwachsenen und Kindern, bewohnt. Daß unter diesen Umständen der gesundheitliche Zustand nicht gut sein kann, ist durchaus verständlich. Der Luft-raum eines Zimmers soll für eine erwachsene Person mindestens 15 Kubikmeter, für ein Kind mindestens 10 Kubikmeter umfassen. Der moderne Wohnungsbau berücksichtigt diese hygienischen Erfordernisse in weitgehendstem Maße, aber die Altwohnungen sind keineswegs gesundheitsfördernd.

Wie die Sterblichkeit sinkt, wenn die Wohnungen genügend Licht und Luft bieten, geht am besten daraus hervor, wenn man die Sterblichkeit in den Städten mit der auf dem Lande vergleicht. In Preußen kommen auf 30 Verstorbene auf dem Lande 34 Verstorbene in der Stadt. In England ist die Zahl der in den Städten Verstorbenen sogar noch um einen Verstorbenen größer. Es zeigt sich hier, daß Licht und Luft wesentlich zur Verminderung der Sterblichkeitsziffer beitragen. Die Raumverhältnisse der Wohnungen sind auf dem Lande nicht viel besser als in den Städten. Die Landarbeiterwohnungen sind bekanntlich zumeist noch schlechter als die Wohnungen des großstädtischen Proletariats. Wenn trotzdem hier der Sterblichkeitsgrad geringer ist, so zeigt uns dies, wie notwendig Licht und Luft zur Verlängerung des Lebens sind.

Man kann nicht die gegenwärtige Zeit allein, mit ihrer Profitsucht nach riesigen Baugewinnen, für den unzureichenden, ungesunden Wohnraum verantwortlich machen. Die Mietskasernen, die Brutstätten allen Elends, sind in einer früheren Zeit entstanden. Hauptsächlich im 19. Jahrhundert, als die Industrie rasenden Aufschwung nahm, als die Massen in die Städte strömten, um hier in den Fabriken Arbeit anzunehmen, da schossen allerorts die Mietskasernen wie Pilze aus der Erde. Man ging nicht in die Breite, sondern in die Höhe, und das ist der größte Fehler, der begangen wurde. Die damals aufkommende Bodenspekulation hat wesentlich dazu beigetragen, daß solche Zustände einreißten konnten. Der Bodenpreis stieg rapide in die Höhe, und die Bauherren, die Geld sparen wollten, errichteten auf kleiner Fläche hohe Häuser mit zahllosen Wohnungen. Daß diese Wohnungen keine Sonne hatten und im höchsten Grade ungesund waren, kümmerte sie nicht. Die Luft kostete nichts, aber jeder Quadratmeter Boden verschlingt Geld. Dem Reichtum auf der einen Seite, dem Wohnungsluzus, der sich in vornehmen Villenkolonien entwickelt, steht auf der anderen Seite ein Wohnwesen gegenüber, das in lichtlosen, von vier- bis sechsstöckigen Häusern umgebenen Höfen ein erbarmungsloses Arme-Leute-Milieu schafft.

Die Wohnung soll den Menschen nicht herabdrücken, sondern emporheben. Der moderne Wohnungsbau hat die Aufgabe, das kulturelle und gesundheitliche Moment in den Vordergrund zu stellen. Die Wohnung ist die Grundlage der Existenz, die muß dem Menschen zu einer angenehmen Aufenthaltsstätte gemacht werden, wo er Erholung und Ruhe suchen kann und findet. Und gerade die minderbemittelte Bevölkerung hat einen Anspruch auf eine gesunde Wohnung. Die Arbeit und das Tempo unserer Zeit stellen an jeden einzelnen die höchsten Anforderungen. Nach vollbrachter Tagesarbeit in einem gesunden Heim leben und wohnen zu können, das gibt wieder neue Schaffenskraft und Freude am Dasein. II.

Umfang der Weltarbeitslosigkeit.

Noch niemals hat die Welt solch erschreckende Arbeitslosigkeit gesehen, wie sie die herrschende Weltwirtschaftskrise auf ihrem Höhepunkt mit sich gebracht hat. Nur hier und da gibt es spärliche Oasen, in denen ganz besondere wirtschaftliche Bedingungen die Arbeitslosigkeit aufhalten. Sonst überall das gleiche Bild der Ausfaltung menschlicher Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß; hier stärker, dort geringer, je nach der wirtschaftlichen Eigenart der einzelnen Länder.

Das Statistische Reichsamt beziffert die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Europa, Nordamerika, Australien und Japan für Ende 1930 auf mindestens 19 bis 20 Millionen Menschen. Diese Zahl mag sich infolge saisonmäßiger Belebungen und vereinzelter konjunktureller Antriebe inzwischen verringert haben. Von nennenswerter Bedeutung ist jedoch diese Verminderung angesichts der gewaltigen Höhe noch nicht. Zu jenem horrenden Arbeitslosenheer, das statistisch einigermaßen zuverlässig ersatzbar ist, kommen die ebenfalls nicht geringen Freizeigungen in Mittel- und Südamerika, Afrika und den meisten asiatischen Ländern, wo es an Statistiken über den Arbeits-

markt meist vollständig mangelt. Es ist keine Frage, daß ein solches über 20 Millionen Köpfe nicht unbeträchtlich hinausgehendes Welt-Arbeitslosenheer zusammen mit den Familienangehörigen eine schmerzhafteste Wunde am Körper der Weltwirtschaft darstellt, deren Heilung zu den schwierigsten Aufgaben gehört, die je in der internationalen Wirtschaft aufgetaucht sind. Eine Kaufkraftreserve von ungeheurem Ausmaß — man wird sie wahrscheinlich ohne Übertreibung auf über 60 Millionen Köpfe einschließlich der Familienmitglieder veranschlagen können — liegt völlig brach, belastet mit ihren gesetzlichen Unterstützungsansprüchen bzw. soweit es keine öffentliche Fürsorge gibt, mit moralischem Unterhaltsanspruch oder mit „Selbstversorgungsmaßnahmen“ das ganze öffentliche Leben, kurz, ist in jeder Hinsicht eine Riesengefahr. Wenn es bisher (abgesehen von den revolutionären Umwälzungen in Südamerika) nicht zu katastrophalen Entladungen gekommen ist, so liegt das daran, daß in den am meisten heimgesuchten Industrieländern, den U. S. A., Deutschland und Großbritannien, entweder (U. S. A.) genügend Lohnrücklagen vorhanden sind, oder (so in den beiden europäischen

Ländern) die öffentliche Fürsorge ein Durchhalten der Arbeitslosenmassen ermöglicht hat. Die drei zuletztgenannten Ländern beherbergen nicht weniger als 14 bis 15 Millionen Arbeitslose oder rund 80 v. H. der statistisch erfaßten Weltziffer. Davon entfielen Ende 1930 etwa 7,5 Millionen auf die Vereinigten Staaten (Ende 1929: 3 Millionen), rund 4,4 Millionen auf Deutschland (2,9) und 2,5 Millionen auf Großbritannien (1,3). An der gesamten Bevölkerung gemessen, hat Deutschland mit rund 6,8 v. H. den höchsten Anteil von allen Staaten, die einigermaßen zuverlässige Statistiken besitzen; die U. S. A. treten mit 6,1 v. H., Großbritannien mit 5,5 v. H. auf. Auch im Vergleich zu der erwerbstätigen Bevölkerung teilt sich Deutschland (13,3 v. H.) mit den Vereinigten Staaten (13 bis 15 v. H.) in den zweifelhaften Ruhm, an der Spitze aller Länder zu marschieren, während England mit einer Ziffer von 12,1 v. H. aufwartet. Die Arbeitslosigkeit erreicht also in diesen drei hochkapitalistischen Industrieländern nicht nur absolut, sondern auch ihrer Intensität nach, ein gewaltiges Ausmaß.

Eine Gruppe weiterer Länder, die sich relativ in einigem Abstand den drei „Spitzenländern“ anschließen, sind Österreich, der Australische Bund, die Tschechoslowakei und Italien. Reichen auch die absoluten Größen wegen der meist ungleich geringeren Bevölkerungszahl nicht entfernt an die obengenannten heran — Österreich hatte Ende 1930 rund 341 000 (Ende 1929 rund 266 000), der Australische Bund (arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder) rund 103 000 (57 000), die Tschechoslowakei rund 231 000 (rund 53 000) und Italien rund 642 000 (rund 409 000) Arbeitslose —, so ist doch der Intensitätsgrad, bezogen auf Gesamtbevölkerung oder erwerbstätige Bevölkerung, noch recht erheblich. In der vorstehenden Reihenfolge der Länder kommt man ungefähr auf 5,1 bzw. 9,2 v. H., 3,3 bzw. 7,8 v. H., 2,8 bzw. 6,2 v. H., 2,7 bzw. 5,6 v. H. Wir möchten hier hinzufügen, daß diese Ziffern keinen Anspruch auf unbedingte Genauigkeit machen können, da die Erhebungsmethoden der einzelnen Länder, sowohl in bezug auf die Größe der erwerbstätigen Bevölkerung, wie auf die Berechnung der Erwerbslosigkeit in der Landwirtschaft, voneinander abweichen. Sie sind rohe Größen, die ungefähr die Reihenfolge der Länder angeben.

Wesentlich geringer ist die Intensität der Arbeitslosigkeit schon in den drei landwirtschaftlich und industriell aufgebauten Staaten Dänemark, Niederlande und Belgien. In Dänemark waren Ende 1930 2 v. H. der Gesamtbevölkerung und 4,8 v. H. der Erwerbstätigen aus dem Arbeitsprozess ausgeschaltet, in den Niederlanden 1,7 bzw. 4,4 v. H., in Belgien 1,5 bzw. 3,5 v. H. Sehr stark ist die relative Zunahme der Erwerbslosigkeit gegenüber Ende 1929 in Belgien (von rund 16 000 auf rund 64 000 oder um 300 v. H.) und in den Niederlanden (von rund 70 000 auf rund 136 000 oder um 95 v. H.), während sie in Dänemark nur geringfügiger Natur ist (arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder von rund 63 000 auf rund 71 000 oder um 14 v. H.).

Die reinen Agrarstaaten Ungarn und Kanada haben einen verhältnismäßig geringen Zuwachs der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die hier herrschende Extensität der Landwirtschaft bietet einen gewissen Schutz gegen allzustarke Schwankungen, während überall, wo intensive Betriebsformen herrschen, die Konjunkturwandlungen viel stärker verspürt werden. Ungarn hat eine relative Arbeitslosigkeit von 1,4 v. H. der Gesamtbevölkerung und 3 v. H. der erwerbstätigen Bevölkerung, Kanada entsprechend 1,2 bzw. 3,3 v. H. Die erwerbstätige Bevölkerung ist also in Kanada verhältnismäßig größer als in Ungarn. Absolut verzeichneten diese beiden Länder folgende Größen (arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder): rund 26 000 (Ende 1929: rund 20 000) bzw. rund 28 000 (rund 20 000).

Zu der besonders begünstigten Gruppe europäischer Staaten, die von der Weltwirtschaftskrise erst im Laufe des Vorjahres und dann auch nur in geringerem Maße beeinträchtigt worden sind, gehören vor allem Schweden, Norwegen, Frankreich, der Irische Freistaat und die Schweiz. Die Arbeitslosigkeit hielt sich hier Ende 1930 zwischen 1,3 und 0,6 v. H. der Gesamtbevölkerung bzw. zwischen 3 und 1,2 v. H. der erwerbstätigen Bevölkerung. Absolut hatte Frankreich in dieser Gruppe den weitaus geringsten Anteil mit rund 12 000 unterstützten Arbeitslosen (Ende 1929 817), während Schweden das größte Kontingent stellte: rund 81 000 arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder (rund 54 000). Die übrigen Länder treten mit Zahlen zwischen 20- und 30 000 auf.

Weiter jene landwirtschaftlichen Ost- und Südstaaten vielfach bäuerlichen Gepräges (Polen, Estland, Lettland, Finnland, Rumänien, Südslawien), in denen sich eine industrielle Arbeitslosigkeit kaum auswirkt, und ferner in Übersee Neuseeland, das, wie die vorige Gruppe

sehr spät von der Weltwirtschaftskrise erfaßt wurde. Hier senkt sich das Verhältnis der Arbeitslosen zu der Gesamtbevölkerung von 0,6 v. H. (Neuseeland) bis auf 0,08 v. H. (Südslawien), also bis auf einen verschwindenden Prozentsatz. Auch die absoluten Zahlen halten sich, abgesehen von dem stärker bevölkerten Polen, das Ende 1930 mit rund 300 000 (Ende 1929 rund 185 000) figurierte, und abgesehen von Rumänien (rund 43 000 bzw. rund 7000) in sehr engen Grenzen. Die Arbeitslosigkeit hält sich durchweg unter der 10 000-Einie.

Auch Japans Erwerbslosenhöhe ist relativ gering. Hier hat sich die Weltwirtschaftskrise infolge der günstigeren Produktionskosten und Absatzverhältnisse des Landes nicht entfernt in dem Maße ausgewirkt, wie in den hochindustrialisierten Staaten Deutschland, Großbritannien und A. S. A. Ende September 1930 waren rund 375 000 (Vorjahr rund 292 000) oder nur 0,6 v. H. der Bevölkerung erwerbslos.

Schließlich Rußland, das infolge seiner Planwirtschaftspolitik als einziges bedeutenderes Land der Erde keine Steigerung, sondern eine sehr starke Derringerung der Arbeitslosigkeit aufzeigen kann. Wir brauchen nicht im einzelnen auszuführen, weshalb diese allen sonstigen Erscheinungen entgegenlaufende Entwicklung nicht die geringste konjunkturelle Bedeutung hat, sondern sich ganz und gar nach den Plänen des Obersten Volkswirtschaftsrates zur Intensivierung oder Neueinrichtung eines Produktionsprozesses richtet. Ob die Ziffern überhaupt immer einer genauen Prüfung standhalten, mag dahingestellt bleiben. Die Zahl der unerledigten Stellengesuche soll sich jedenfalls zwischen Oktober 1929 und 1930 von rund 1 297 000 auf rund 240 000 oder um 81 v. H. verringert haben. Demnach hätte im letzten Erhebungszeitpunkt die Arbeitslosigkeit nur rund 0,15 v. H. der gesamten Bevölkerung betragen, also einen Prozentsatz der nur noch von Südslawien unterschritten würde.

In welchen Größenverhältnissen sich in den übrigen nicht genannten Ländern Europas, Amerikas, Afrikas und Asiens die Arbeitslosigkeit in bezug auf Gesamtbevölkerung oder erwerbstätige Bevölkerung bewegt, ist mangels statistischer Unterlagen nicht bekannt. Wir müssen uns mit der Feststellung begnügen, daß diese Länder eine Arbeitslosigkeit aufweisen, die über die 5-Millionen-Grenze weit hinausgehen dürfte.

Lohn- und Tarifbewegung.

Aus der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes.

Die allgemeine Wirtschaftskrise wirkt sich auch in der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes besonders hart aus. Die Folgen sind größere Entlassungen und Kurzarbeit, teilweise bis zu einem Tag pro Woche, insbesondere in den größeren Betrieben. Wenn auch ein großer Teil der Entlassungen auf die gerade in der Uhrenindustrie fast überfüllte Rationalisierung und Technisierung der Betriebe zurückzuführen ist, so dürfte die Krise als solche doch wohl in der Hauptsache auch in einem mangelnden Absatz zu suchen sein. Die Uhrenindustrie ist etwa zu 70% Exportindustrie. Nur etwa der vierte Teil der gesamten Uhrenproduktion kann im Inland abgesetzt werden. Der Inlandsmarkt ist jedoch durch die mangelnde Kaufkraft stark unterbunden und in den letzten Jahren ist der Uhrenindustrie auch im Ausland eine starke Konkurrenz entstanden. Dies insbesondere von den Ländern mit niedrigen Valuten (Italien, Frankreich) oder von Ländern mit großer Kapitalkraft und niedrigem Kapitalzins.

Daß unter diesen Umständen auch die Arbeitgeber der Uhrenindustrie bzw. der Verband der Uhrenindustrie und verwandten Industrien des Schwarzwaldes, die gegenwärtige „günstige“ Zeit dazu benutzen will, um das große Rennen auf Abbau der Löhne und Verschlechterungen der übrigen Arbeitsbedingungen mitzumachen, ist weiter nicht verwunderlich. Mit Schreiben vom 15. November 1930 kündigte der Arbeitgeberverband das gesamte Kollektivabkommen und am 27. November 1930 das Lohnabkommen auf den 31. Dezember 1930. Daß die Arbeitgeber in ihren Lohnabbauwünschen nicht gerade bescheiden sind, beweist ihre Forderung auf Reduzierung des bisherigen Ecklohnes von 83 auf 71 Pfg., also um 12 Pfg. pro Stunde.

Es braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden, daß unter den gegebenen Umständen und den immer noch mangelnden Organisationsverhältnissen der Arbeiterschaft in der Uhrenindustrie, die Lohnverhandlungen sich außerordentlich schwierig gestalteten. Seitens der Gewerkschaften wurde bei den Verhandlungen mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß bei den bisher schon stark reduzierten

Löhnen, besonders der Akkordverdienste, bei den durch Kurzarbeit stark geschmälereten Einkommen, erhöhten Abzügen für die sozialen Versicherungen usw., der Arbeiterschaft der Uhrenindustrie ein weiterer Lohnabbau nicht zugemutet werden kann. Da aber bei dem in allen Industrien zur Mode gewordenen Grundsatz, mit Lohnabbau die Wirtschaft anzukurbeln, auch in der Uhrenindustrie ein Abbau nicht völlig verhütet werden konnte, mußten die Vertreter der am Kollektivabkommen für die Uhrenindustrie beteiligten Arbeiterorganisationen ihre ganze Kraft aufbieten, um den Abbau der Löhne auf ein möglichst niedriges Maß herabzudrücken, und vor allen Dingen einen für die Arbeiterschaft noch viel schlimmeren tariflosen Zustand zu vermeiden. Nach langen ergebnislosen Verhandlungen wurde durch ein vereinbartes Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Landesrichters für Südwestdeutschland, Herrn Dr. Kimmich, folgender Schiedspruch gefällt:

1. Ab der nach dem 18. 1. 1931 beginnenden Lohnwoche beträgt der Ecklohn des gelernten Arbeiters Gruppe D (Mindeststundenlohn) in Ortsklasse I 79 Pfg. in der Stunde.
2. Die Löhne der übrigen Berufs-, Alters- und Ortsklassen errechnen sich nach dem seitherigen Schlüssel. Dabei werden Bruchteilpfennige bis zu 0,49 abgerundet, von 0,50 an auf volle Pfennige aufgerundet.
3. Die tatsächlichen Stundenlöhne und Akkordsätze ermäßigen sich um 6%, wobei jedoch die tariflichen Mindestverdienste nicht unterschritten werden dürfen.
4. Dieses Abkommen ist mit sechswöchiger Frist auf Monatsende kündbar. Die Kündigung ist erstmals zulässig auf 30. September 1931.

Aus dem von den Arbeitgebern mit allem Nachdruck geforderten Lohnabbau von 12 Pfg. pro Stunde, sind nun 4 Pfg. geworden, ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaften alles aufgeboten haben, um schlimmeres zu verhüten.

Noch schwieriger als die Lohnverhandlungen gestalteten sich die Verhandlungen über den Neuabschluß eines Manteltarifvertrages. Für den Neuabschluß hatte der Arbeitgeberverband einen sehr reichlichen Wunschzettel von Verschlechterungen vorgelegt. Davon seien nur erwähnt: Verschlechterungen des Urlaubs, zulässige Verlängerung der Arbeitszeit durch den Arbeitgeber bis zu 53 Stunden wöchentlich mit nur 10% Zuschlag, Reduzierung der Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit von 50% auf 30%, Herausnahme der Lehrlingsbestimmungen aus dem Kollektivabkommen, Verschlechterungen für die Akkordarbeiter und übertariflichen Zeitzähler usw. Aber auch hier konnten fast alle Verschlechterungsanträge resillos abgewehrt werden. Nur wurde durch Schiedspruch bestimmt, daß mit Rücksicht auf die schwierige Lage in diesem Jahre der Urlaub nur zu zwei Dritteln gewährt werden soll. Im nächsten Jahre ist der Urlaub jedoch voll zu gewähren, da der Urlaub in der alten Höhe im Manteltarif festgelegt ist und dieser bis 31. Dezember 1932 abgeschlossen ist.

Besondere Bedeutung kam den Verhandlungen über die Regelung der Arbeitszeit zu. Hierzu hatten die Gewerkschaften, mit Rücksicht auf die gerade in der Uhrenindustrie sehr stark durchgeführte Rationalisierung der Betriebe, beantragt, die 44-Stundenwoche einzuführen. Wenn in einem Industriezweig die Reduzierung der Arbeitszeit mit Leichtigkeit durchgeführt werden könnte, so ganz bestimmt in der Uhrenindustrie, in welcher die Regelung der Arbeitszeitfrage in keiner Weise der Entwicklung der Betriebe in bezug auf Rationalisierung und sonstigen maschinellen Einrichtungen gefolgt ist. Auch die Herren Arbeitgeber konnten die Begründung zur Reduzierung der Arbeitszeit nicht entkräften, ja man hatte sogar das Gefühl, daß man auch im Lager der Arbeitgeber von der Notwendigkeit einer kürzeren Arbeitszeit überzeugt war, man brachte scheinbar aus naheliegenden Gründen nur den Mut noch nicht auf, diesen Notwendigkeiten auch im Kollektivabkommen Rechnung zu tragen. Es wurde deshalb im Tarifvertrage selbst die 48stündige Arbeitszeit als die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit bestimmt, diese Bestimmung aber sofort in einem Zusatzvertrage folgt geändert:

Mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende Arbeitslosigkeit schließen die Tarifparteien folgendes Zusatzabkommen:

1. Ziffer 2a des Kollektivabkommens wird für die Gültigkeitsdauer dieses Zusatzabkommens wie folgt geändert:
Die tatsächliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 44 Stunden. Die Arbeitgeber sind berechtigt, im Bedarfsfalle für einzelne Arbeitergruppen, Abteilungen oder den ganzen Betrieb eine Verlängerung der Ar-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Für die Zeit vom 17. bis 23. Mai ist der 21. Wochenbeitrag fällig.

Teilzahlungen sind an die Hauptkasse einzusenden, sobald die Beitragseinnahmen 20,— RM erreichen oder überschreiten.

1. Die Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche vorzunehmen. Für die Zeit bis 48 Wochenstunden wird kein Zuschlag bezahlt.
2. Dieses Zusatzabkommen gilt für unbestimmte Zeit. Es ist jeweils auf Monatsende mit vierwöchentlicher Frist kündbar.
3. Das Zusatzabkommen mit der Kürzung der regelmäßigen Arbeitszeit auf 44 Wochenstunden hat zum Ziel, Entlassungen zu vermeiden und Einstellungen von Arbeitskräften zu ermöglichen. Ein Lohnausgleich findet nicht statt.
4. Es besteht Übereinstimmung unter den Parteien, daß die Wochenlöhne entsprechend der verkürzten Arbeitszeit geändert werden können.

Damit ist vorläufig praktisch für die Uhrenindustrie die 44-Stundenwoche festgelegt und so der erste Schritt nach dieser Seite hin getan.

Die ganzen Verhandlungen und ihr Ergebnis dürfte doch wohl der Arbeiterschaft der Uhrenindustrie gezeigt haben, wie notwendig gerade heute der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist. In einer Krisenzeit, wie wir sie heute durchleben, ist Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft in ihren Organisationen die einzige Stütze. Deshalb muß auch die Arbeiterschaft in der Uhrenindustrie noch weit mehr als bisher alles daran setzen, auch den letzten Arbeiter dem Verbands zuzuführen. Auch unsere Holzarbeiter dürfen insbesondere in der Werbearbeit nicht erlahmen, sondern müssen tatkräftig und zielbewußt am Ausbau unseres Verbandes arbeiten und wirken. Nur dann wird es möglich sein, in der gegenwärtigen Zeit das Schlimmste von der Arbeiterschaft fernzuhalten, damit wir als Arbeiter nicht eines Tages dort beginnen müssen, wo wir vor 50 Jahren angefangen haben.

Sabotage des Fachauschusses für die Korbindustrie durch die Arbeitgeberbeisitzer. Der Verband der Korbindustriellen hatte den für die heimarbeitenden Korbmacher in Ober- und Unterfranken bestehenden Heimarbeiterarif zum 31. Dezember vergangenen Jahres gekündigt. Alle Bemühungen, zu einem neuen Vertrag zu kommen, waren erfolglos. Der Verband der Korbindustriellen lehnte jede tarifliche Neuregelung der Heimarbeiter-Vergütung rundweg ab. Die Beschäftigung in der fränkischen Korbindustrie im allgemeinen und die der heimarbeitenden Korbmacher im besonderen, ist außerordentlich schlecht. Der größte Teil der Heimarbeiter ist arbeitslos. Sie müssen froh sein, wenn sie hin und wieder gelegentlich einige Körbe machen können. Infolge der geringen Verdienste der Heimarbeiter ist auch die Arbeitslosenunterstützung, soweit noch welche bezahlt wird, außerordentlich niedrig. Die meisten Heimarbeiter gehören in der Arbeitslosenversicherung der Lohnstufe 2 und 3 an.

Von den Arbeitgebern wurde nun der tariflose Zustand dazu benutzt, die Preise außerordentlich stark zu drücken. Die Heimarbeiter bekommen z. T. für die fertigen Korbbwaren nicht mal so viel, wie sie für das Material, das sie zur Anfertigung der Körbe benötigen, zahlen müssen. Um nun den tariflosen Zustand zu beseitigen, hatten wir den Fachauschuß für die Korbindustrie in Lichtenfels angerufen. Die erste Sitzung verlief vollständig resultatlos. Bei der zweiten Sitzung, die am Montag, den 4. Mai, in Lichtenfels stattgefunden hat, erklärte der Wortführer der Arbeitgeberbeisitzer Syndikus Bäßler, daß sie jede Mitarbeit an den Abschluß eines neuen Vertrages verweigern würden, und wenn der Vorliegende mit den Beisitzern auf Abschluß eines Vertrages bestehen würden, so würden sie geschlossen das Sitzungszimmer verlassen. Dem Vorliegenden wurde dann darauf hingewiesen, daß dann die Arbeitgeber die Kosten der Sitzung tragen und noch dazu eine ordentliche Geldstrafe bezahlen müßten. Doch auch diese Ausführungen machten keinen Eindruck auf die Arbeitgeberbeisitzer. Das Sitzungszimmer wurde geschlossen von den Arbeitgeberbeisitzern, die von Oberfranken stammen, verlassen, während der Vertreter aus Unterfranken dablieb. Durch dieses Verhalten der Arbeitgeber wurde der Fachauschuß beschlußunfähig und konnte daher keine Neuregelung der Heimarbeiterlöhne vornehmen.

Ein exemplarisches Strafmandat für dieses Verhalten wäre das

Fahrzeugindustrie, Wagen- und Waggonbau, Berufs- und fachkundliche Nachrichten.

Internationales Waggonkartell.

In der Fachpresse der Waggonindustrie wird behauptet, daß das Internationale Waggonkartell mit Hilfe der Bank für internationalen Zahlungsausgleich eine luxemburgische Gesellschaft zu gründen beabsichtigt, an der auch die Außenseiter des Waggonkartells sich beteiligen können. Diese Gesellschaft soll auch berufen sein, den Abnehmern langfristige Kredite einzuräumen.

Innerhalb des Kartells sind neuerdings Differenzen aufgetaucht. Wie die Fachpresse meldet, hat der belgische Waggonverband einen der deutschen Gruppe zugesprochenen Auftrag über 17 Millionen Fr. dadurch an sich gerissen, daß er die deutschen Preise erheblich unterbot. Bei diesem Vorgehen soll es sich nicht um ein einzelnes Werk handeln, sondern der Vorsitzende der belgischen Gruppe, Bemelmans, soll das Angebot namens der belgischen Gesamtgruppe abgegeben haben. Dieser Vorgang dürfte wohl noch zu Folgerungen im Rahmen des Internationalen Kartells führen.

Der Wagen- und Lokomotivpark der Deutschen Reichsbahn. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen belief sich der Bestand an Eisenbahnwagen der Deutschen Reichsbahngesellschaft Ende 1930 auf insgesamt 741 000 Wagen, die sich aus 654 022 Güterwagen, 65 630 Personenzugwagen und 21 348 Gepäckwagen zusammensetzten. Zur Fortbewegung dieser Wagen stehen 24 892 Lokomotiven und Triebwagen zur Verfügung. Unter diesen Zugmaschinen stehen die Dampflokomotiven mit 23 308 an der Spitze; für die elektrisch betriebenen Strecken besitzt die Deutsche Reichsbahngesellschaft 399 elektrische Lokomotiven und 913 Triebwagen für Oberleitung oder Stromschiene. Außerdem waren nach dem Bestande vom Dezember 1930 269 sonstige Triebwagen und 3 Lokomotiven mit Verbrennungsmotoren vorhanden.

Eisenbahn oder Binnenschifffahrt?

Der uralte Kampf zwischen Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehr bildete die Grundlage eines Vortrages, den kürzlich Prof. Helm (Berlin) im Verein Deutscher Ingenieure hielt. Tatsache ist demnach, daß es der Deutschen Reichsbahn wirklich schlecht geht: Sie hat einen Großteil der Reparationslasten zu tragen und muß ihr Anlagekapital nach dem Reichsbahngesetz angemessen verzinsen. Wenn sie auch heute noch 73% des gesamten deutschen Güterverkehrs und 75% des Personenverkehrs bewältigt, so müssen angesichts dieser riesigen Belastung die Beförderungskosten recht hoch sein.

Kanäle und Landstraßen schneiden in dieser Hinsicht günstiger ab. Ihr Anlagekapital gilt als durch die Inflation verloren und wird nicht verzinst. Außerdem tragen sie keine politischen Lasten. Prof. Helm konnte daher die Forderung erheben, man möge alle Verkehrsmittel, die Eisenbahn, das Schiff und den Kraftwagen, mit demselben Maß messen. Wenn die Eisenbahn nicht mehr vorbelastet sei, so könne sie wesentlich billiger als die Binnenschifffahrt arbeiten.

Ob sie aber den Anforderungen genügen kann? Diese Frage wurde bejaht. Die Verkehrsfähigkeit der Reichsbahn beträgt 60 Millionen t jährlich, wenn man alle Möglichkeiten ausnützt, und etwa der dritte Teil davon wird jetzt tatsächlich gebraucht. Als besondere Vorteile mögen denn auch noch die Schnelligkeit des Bahnverkehrs und seine Zuverlässigkeit ins Feld geführt werden. Man brauche z. B. Eisefahrt nicht zu fürchten, und die Güterzüge würden zum Teil künftig mit 100 Kilometer Geschwindigkeit fahren.

Aber Helm wies auch auf eine große Schwierigkeit bei der Tarifbildung der Eisenbahn hin: man habe einen gemischten Verkehr, und es sei nahezu unmöglich, einen gleichmäßig für Güter und Personen gerechten Satz für die Selbstkosten festzustellen. Die Franzosen rechnen 1 Personenkilometer (d. h. die Beförderung einer Person 1 Kilometer weit) gleich 1 Tonnenkilometer Fracht. Die Amerikaner hingegen glauben, daß 1 Personenkilometer gleich 3 Tonnenkilometer sei. Nach deutscher Berechnung hingegen soll man 1 Personenkilometer gleich 1,5 Tonnenkilometer nehmen.

Die Kraftwagen nehmen der Eisenbahn in Deutschland beträchtliche Einnahmen weg und zwei weitere gefährliche Wettbewerber der Reichsbahn sind die Hochspannungsleitungen für die Fortleitung der elektrischen Energie und die sich jetzt immer mehr einbürgernden Ferngasleitungen. So gesund die Ideen sein mögen, statt der schweren und sperrigen Brennstoffe die bewegliche Energie oder Gase fort-

zuleiten, so wird doch der Eisenbahn dadurch wieder ein Betätigungsfeld geschmälert. Denn bisher sind Kohlen mit 40% an den Gütern beteiligt.

Alle diese Schwierigkeiten wurden von den Vertretern des Wasserstraßenverkehrs, hauptsächlich den Strombaudirektoren Plate und Lohmeyer, anerkannt. Man solle aber auch der Binnenschifffahrt ihr Recht lassen. Denn die Wasserstraße, insbesondere der Kanal, die Stromregulierung, diene ja auch noch anderen Zwecken als nur dem Verkehr, nämlich der Bewässerung und dem Hochwasserschutz. Man wies aber auch auf die verhängnisvollen politischen Folgen hin, die ein schlechtes deutsches Wasserstraßennetz zeitigen muß: im Westen wird der Rhein als Transportstraße bevorzugt, da er als internationaler Strom keine Abgaben erhebe. Die Folge sei eine bedeutende Abwanderung nach Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen, wodurch 300 Millionen Reichsmark der deutschen Wirtschaft verloren gingen.

Der Weltschiffbau im ersten Vierteljahr 1931. Seit Mitte vorigen Jahres befindet sich der Weltschiffbau unter dem ungünstigen Einfluß der Weltwirtschaftskrise, die sich in verringertem Auftragsengang und sinkendem Baubestand bemerkbar machte. Die Statistik von Lloyds Register of Shipping über den Weltschiffbau im ersten Vierteljahr 1931 bestätigt, daß die rückgängige Tendenz in den letzten Monaten angehalten hat. Der Baubestand aller Werften der Welt ist am 31. März 1931 auf rund 2,0 Millionen Brutto-Registrier-Tons gesunken gegenüber 3,27 Millionen B. R. T. zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Laufe eines Jahres haben sich also die Schiffbaubestände um rund 1,3 Millionen B. R. T. oder fast 40% des vorjährigen Baubestandes vermindert. Das ist vor allem auf die ganz erheblich niedrige Zahl der in Auftrag gegebenen Neubauten zurückzuführen, die mit nur 0,24 Millionen B. R. T. im abgelaufenen Vierteljahr einen neuen Tiefstand in der Nachkriegszeit erreichten; daneben läßt aber auch die relativ schnelle Fertigstellung und Ablieferung der Neubauten, die aus dem Auftrags Hunger der Werften resultiert, den Baubestand schnell sinken. Seit Anfang vorigen Jahres übertreffen die Ablieferungen die neu in Auftrag gegebene Tonnage sehr erheblich, und die noch immer ziemlich hohen Stapellaufziffern deuten darauf hin, daß auch ein großer Teil des restlichen Baubestandes in den nächsten Monaten ablieferungsfertig sein wird. Da die gegenwärtige Lage der Weltschifffahrt keinesfalls zu erheblichen Neubaufträgen ermutigt, ist mit weiter sinkenden Baubeständen für den gesamten Schiffbau zu rechnen.

Die Reichs- und Länderaufträge 1929 und 1930.

In den Monaten der Wirtschaftskrise und der verstärkten Arbeitslosigkeit sind die Aufträge der öffentlichen Hand an die Wirtschaft von besonderer Wichtigkeit. Das im vorigen Jahr von der Reichsregierung in Aussicht genommene zusätzliche Beschaffungsprogramm hat sich leider nicht in dem erwarteten Umfang auswirken können, weil infolge der angespannten Finanzlage des Reiches erhebliche Kürzungen gegenüber dem ursprünglich geplanten Bestellungsumfang vorgenommen werden mußten. Die Bestellungen der Reichs- und Länderbehörden haben im Jahre 1930 einen Rückgang um 181 Millionen Reichsmark erfahren. Insgesamt wurden von den Reichs- und Länderbehörden in den Jahren 1929 und 1930 an Inlandaufträgen vergeben:

	Reich:		Länder:		Zusammen:	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930
	in Millionen Reichsmark.					
Januar . . .	59,1	72,4	—	2,2	59,1	74,6
Februar . . .	53,3	76,9	—	2,0	53,3	78,9
März . . .	111,3	69,2	—	4,7	111,3	73,9
April . . .	111,1	162,4	10,3	2,7	121,4	165,1
Mai . . .	84,2	62,2	7,8	4,1	92,0	66,3
Juni . . .	99,0	49,7	9,2	6,4	108,2	56,1
Juli . . .	172,5	57,2	6,8	2,5	179,3	59,7
August . . .	101,0	56,4	6,1	4,5	107,1	60,9
September . . .	66,9	95,5	5,8	2,7	72,7	98,2
Oktober . . .	71,9	121,0	3,2	2,6	75,1	123,6
November . . .	74,4	49,8	2,8	2,1	77,2	51,9
Dezember . . .	89,2	56,0	2,5	1,6	91,7	57,6
insgesamt: . . .	1093,9	928,7	54,5	38,1	1148,4	966,8

Bei den Aufträgen der Reichsbehörden handelt es sich um die Be-

stellungen der Reichsbahn, des Reichspostministeriums, des Reichsverkehrsministeriums und des Reichswehrministeriums. In den Monaten Juli bis Dezember v. J. betrug der Anteil der nach Rheinland-Westfalen gefallenen Reichsbahn-Aufträge 42,7% und der Aufträge des Reichspostministeriums 12%. Auf Brandenburg entfielen 10,4% der Reichsbahn- und 55,2% der Reichspostaufträge, auf Schlesien 11,1% (1,3%), auf Sachsen 5,6% (2,2%), auf Bayern 5% (7%) und auf Württemberg, Baden und Hohenzollern 4% (8,6%).

Einschränkung in der Flugzeugindustrie. Die amerikanische Erzeugung von Verkehrsflugzeugen fiel 1930 infolge vorhandener großer Lagerbestände gegenüber 1929 um rund 66% %. Halbamtliche

Schätzungen lassen schon jetzt erkennen, daß die führenden Unternehmungen: Curtiß, United, Aircraft und Aviation Corporation, mit größeren Verlusten, die wohl in jedem einzelnen Fall über eine Million Dollar betragen, abgeschlossen haben.

Wie die amtlichen Statistiken der Industrie besagen, betrug die Zahl der in den ersten zehn Monaten des Jahres 1930 gebauten Flugzeuge nur 1771, die einen Wert von 9,7 Millionen Dollar darstellen, während die Gesamterzeugung von 1929 einen Wert von 29 Millionen Dollar hatte. Außerdem wurden in der gleichen Zeit für militärische Zwecke 500 Flugzeuge im Werte von 7,7 Millionen Dollar gebaut oder 40% weniger als in 1929. Nicht ungünstig war das abgelaufene Jahr für das Passagier- und Transportflugwesen.

(Fortsetzung von Seite 165)

wenigste, was Leute dieses Schlages treffen müßte. Ob ein solches aber die Besinnung bei diesen Herrschaften wieder einkehren läßt, ist fraglich. Im übrigen zeigt der Vorgang, was sich Arbeitgeber heute glauben sich herausnehmen zu dürfen. Die Nutzenwendung zu ziehen, ist für die Arbeiterschaft gewiß nicht schwer.

Rundschau.

11,04 Milliarden Mark Sparkasseneinlagen. Ende März beliefen sich die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 11 043,67 Mill. Mark gegen 10 946,79 Mill. Mark Ende Februar (berichtigte Zahl). Der Berichtsmonat weist mithin eine Zunahme von 96,88 Mill. Mark gegen 179,72 Mill. Mark im Februar auf. Im einzelnen betragen die Einzahlungen 615,58 (Februar 624,51) Mill. Mark, davon aus Aufwertung 6,00 und aus Zinsgutschriften 34,38 Mill. Mark. und die Auszahlungen 518,70 (452,98) Mill. Mark. Die Scheck-, Giro-, Kontokorrent- und Depositen-Einlagen stellten sich Ende März 1931 auf 1 424,26 Mill. Mark gegen 1 443,39 Mill. Mark Ende Februar 1931 (berichtigte Zahl).

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Die Wanderausstellung „Arbeitsitz und Arbeitstisch“. Auf Überanstrengung folgt körperliche und geistige Ermüdung, die durch die gewöhnliche Arbeitsruhe nicht oder nur unvollkommen ausgeglichen werden kann. Um eine solche Übermüdung und eine vorzeitige Abnutzung der Arbeitskraft zu verhindern, muß die Leistung des Menschen in den von der Natur gezogenen Grenzen bleiben. Die Mittel hierzu sind Eignung, Ausbildung und Übung, Ausschaltung von zu anstrengender oder gesundheitschädlicher Arbeit, Beseitigung aller die Arbeit ungünstig beeinflussender Hemmungen der Betriebsumwelt und Regelung der Arbeit unter Berücksichtigung des Menschen mit seiner gegebenen Veranlagung.

Diese Arbeitsregelung will den Menschen in die Arbeitsumgebung so einfügen, daß er den für die Arbeitsleistung verfügbaren Teil seines Energieumsatzes voll einsetzen kann. Dieser Teil wird größer, wenn Ermüdung überhaupt vermieden oder bei genügender Ausgleichszeit der Ermüdungszustand so weit als möglich hinausgeschoben wird. Dabei spielt die Arbeitshaltung eine wichtige Rolle, besonders bei stark unterteilter Arbeit und einseitiger Beanspruchung, wie sie als Folge der Rationalisierung auftreten. Es ist das Verdienst der Sonderausstellung „Arbeitsitz und Arbeitstisch“, die 1929 im Deutschen Arbeitsschutzmuseum in Berlin stattfand, durch Sammlung der bisher von der Industrie in dieser Richtung ergriffenen Maßnahmen und ihrer arbeitsphysiologischen Unterlagen weitere Kreise auf dies Problem aufmerksam gemacht zu haben. Schon damals ergingen Anregungen, die Frage erneut in systematischer Weise und vor einem größeren Forum zu behandeln. Dieser Anregung folgend haben jetzt der Reichsarbeitsminister, die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene und das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit die Mittel für eine Wanderausstellung „Arbeitsitz und Arbeitstisch“ bereitgestellt, die in allernächster Zeit ihren Weg durch Deutschland antreten soll.

Die Veranstalter der Wanderausstellung sind die gleichen wie die der früheren Ausstellung, das Deutsche Arbeitsschutzmuseum, der Ausschuß für gesundheitsgemäße Arbeitsgestaltung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene und der Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit.

Die Wanderausstellung behandelt die Fragen der Arbeitshaltung, wie das nicht anders möglich ist, im Rahmen der Arbeitsplatzgestaltung und der Arbeitsleistung. Die arbeitsphysiologischen Grundlagen werden erörtert und dabei gezeigt, wie durch Ein-

schränkung der Arbeitsbewegungen, der Mitbewegungen, der Haltearbeit und durch Maßnahmen zur ausreichenden Durchblutung der Körperorgane Ermüdung und Leistung günstig beeinflusst werden können, und wie andererseits Nichtbeachtung zu Leistungsminierungen und zu vorzeitiger Abnutzung der Arbeitskraft führen kann. Die Vorteile und Nachteile des Arbeitens im Stehen und im Sitzen werden eingehend behandelt, gegeneinander abgewogen. Dem folgt die Erörterung der Fragen, wie man sitzen soll und wie Arbeitsstühle beschaffen sein sollen. Beispiele aus der Praxis in Bild und Ausführung lassen schließlich erkennen, wie die Lehren bei dem Bau von Arbeitsstühlen und bei der Arbeitsplatzgestaltung erfolgreich verwirklicht worden sind. Hierbei wird auch die Arbeitsbeleuchtung mit berücksichtigt.

Ende April oder Anfang Mai wird die Wanderausstellung zunächst in Berlin, und zwar voraussichtlich im ehemaligen Herrenhaus in der Leipziger Straße der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, und geht dann nach Süddeutschland. Nähere Auskunft erteilt das Deutsche Arbeitsschutzmuseum in Berlin-Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12, von wo auch Ausstellungspläne und Ausstellungsbedingungen zu beziehen sind.

Vorsicht mit Beitragsmarken zur Invalidenversicherung! Unter der Überschrift „Ein interessanter Fall“ wird in der Aprilausgabe der „Deutschen Invalidenversicherung“, Jahrgang 1931, ein Vorgang besprochen, der schon darum verdient hier wiedergegeben zu werden, weil er lehrt, daß die Versicherten in ihrem eigenen Interesse bei der Verwendung der Beitragsmarken mit der erforderlichen Sorgfalt und Umsicht zu Werke gehen müssen.

Ein fast ganz erblindeter Zigarrenarbeiter stellte einen Antrag auf Gewährung der Invalidenrente. Der Antrag schien bei der ersten Prüfung nicht begründet zu sein, denn eine der letzten Karten enthielt statt 20 nur 19 Beitragsmarken. Die Anwartschaft schien also erloschen zu sein. Durch Anrechnung von Ersatztatsachen, Nachlieferung von Beiträgen usw. ließ sich die Anwartschaft nicht retten. Der Versicherte behauptete aber mit voller Bestimmtheit, daß er 20 Marken in die Karte eingeklebt habe; es müsse daher eine Marke abgesprungen sein. Für die Richtigkeit dieser Annahme sprach die Tatsache, daß die 19 Marken nicht ganz in fortlaufender Reihenfolge in die Karte eingeklebt waren, es befand sich vielmehr inmitten der Marken ein freies Feld, aus welchem eine Marke abgesprungen sein konnte. Dazu kam noch ein weiteres. Einige Zeit vorher war aus dem Bezirk derselben Quittungskartenausgabestelle ein Fall bekannt geworden, in welchem die Karte gleichfalls mit 19 Marken aufgerechnet war, der Versicherte aber eine auf 20 Marken lautende Aufrechnungsbescheinigung vorlegen konnte. Anscheinend war der Kartenumtausch bei dieser Dienststelle vorschriftswidrig so gehandhabt, daß dem Versicherten die Aufrechnungsbescheinigung sofort eingehändigt wurde, während die Aufrechnung der Karte selbst erst später erfolgte. In der Zwischenzeit konnte natürlich eine Marke abspringen. In dem jetzt zur Entscheidung stehenden Fall legte aber der Versicherte nur die Aufrechnungsbescheinigung über die übrigen Karten vor, nicht auch über die Karte, bei der die Erhaltung der Anwartschaft nicht bewiesen war.

Immerhin machte die Eigenart des Falles eine besonders gründliche Prüfung erforderlich. Zunächst wurde die Karte einem auf diesem Gebiete besonders erfahrenen chemischen Sachverständigen zur Prüfung daraufhin übergeben, ob auf dem freien Markenfelde Reste einer abgesprungenen Marke zu finden seien. Diese Untersuchung fiel negativ aus. Sodann wurde die Karte photographisch stark vergrößert. Aber auch auf der vergrößerten Photographie waren Spuren einer abgesprungenen Marke nicht zu erkennen. Und doch hatte der Versicherte richtige Angaben gemacht. Bei näherem Betrachten der Marken fiel nämlich auf, daß bei einer Marke die Zackenränder an einer Seite ein klein wenig verwischt erschienen. Als

begonnen wurde, diese Marke vorsichtig abzulösen, ergab sich, daß 2 Marken übereinander saßen. Der Versicherte hatte also 2 Marken statt nebeneinander übereinander geklebt. Die Anwartschaft war danach erhalten. M.

Literarisches.

Das Staatslexikon.

Eine Einführung in den vierten Band¹.

Eine führende Stellung unter den rund 450 Aufsätzen des vierten Bandes nehmen die großen Artikelserien über Recht, Reich, Staat, Schule und Sozialwesen ein. Es sind das beste wissenschaftliche Leistungen der Professoren Beyerle, Ebers, Gundlach, Meßner, Nawiascky, v. Nell-Breuning, Petraschek, Schröteler u. a. Wie umfassend und eingehend die Erörterung ist, zeigt eine Aufzählung der Stichwörter einer dieser fünf Serien. Das Sozialwesen behandeln die Aufsätze Sozial, Sozialbeamte, Sozialdemokratie, Soziale Frage, Soziale Gerechtigkeit, Soziale Hygiene, Soziale Ordnung, Sozialethik, Sozialisierung, Sozialismus, Sozialkonservatismus, Sozialkritik, Sozialliberalismus, Sozialpädagogik, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Sozialrecht, Sozialreform, Sozialversicherung, Soziologie, Die große Mehrzahl sämtlicher Darstellungen im vierten Band dürfte dazu beitragen, daß der Band seinen drei Vorgängern an Qualität des Gebotenen nicht nachsteht. Wie in jedem Sammelwerk, so lassen sich natürlich auch im vierten Band Notbehelfe und Schönheitsmängel, Spannungen zwischen Wollen und Können feststellen. Auch Lexikonarbeit ist die Kunst des Möglichen. So ist z. B. das Gesetz des Alphabets unabänderlich, im öffentlichen Leben der Gegenwart aber der Wechsel der Dinge fast das einzig Stabile. Darum heißt es, mit allem Raffinement der doch bei einem Sammelwerk auf alphabetischer Grundlage engebeschränkten redaktionellen und typographischen Technik arbeiten, wenn ein Band bei seinem Erscheinen nicht in einzelnen Ausführungen durch die sich überstürzende Entwicklung überholt sein, im Gegenteil, für weite Sicht auf der Höhe der Zeit bleiben soll. Ein Blick auf Artikel wie Polizeistunde, Rechtsstudium, Reichstag, Rundfunk, Schule und Berufsberatung u. a. wird zeigen, daß das gelungen ist. Grundsätzlich wichtige staatspolitische Probleme behandeln u. a. auch die großen Aufsätze über Politik (Seipel), Partei (Graf Lerchenfeld), Parlamentarisches Regierungssystem, über die soziologischen Grundlagen und die Wertung der Revolution (Wick-Luzern) und der Republik (K. Beyerle). Der aktuellen Politik dienen die eingehende Darstellung der Reparationen (Landesfinanzamtspräsident v. Brandt), ferner Artikel wie Reich-Länder-Problem (Kaisenberg), Regionalismus (Cuzian Pflieger), Sicherheit (Hagemann) usw. Sozialpädagogische Probleme behandeln die Themata Psychotechnik, Politische Ethik, Sexualethik, Sexualpädagogik, Sittliche Ordnung, Sittlichkeitsnormen, Staatsbürgerliche Erziehung, Religionsunterricht und seine Rechtsstellung in den verschiedenen Schularten der deutschen Länder usw. Mit sichtlich Liebe wurde wieder nachgegangen den Grenzgebieten zwischen Medizin bzw. Naturwissenschaft und Sozialwissenschaft, so z. B. in den Beiträgen Psychopathie, Rauschgifte, Rentenneurose, Rasse, Rassenhygiene usw. Fragen der Wirtschaft erörtern die Aufsätze über Preis, Produktion, Planwirtschaft, Räte-system, Rationalisierung, Rohstoffwirtschaft, Schutzsystem, Spekulation usw.

In die europäischen Ostprobleme führen ein die inhaltsreichen

¹ Staatslexikon. Im Auftrag der Görres-Gesellschaft herausgegeben von Hermann Sacher. 5 Bände. 5., von Grund aus neu bearbeitete Auflage. IV. Band: Papiergeld bis Staatsschulden. Mit 79 Bildern und Kartchen. (X S. u. 1948 Sp.; 7 Tafeln.) Freiburg im Breisgau 1931. Herder. In Leinwand 35,— RM; in Halbfanz 38,— RM. Der V. (Schluß-) Band erscheint 1932.

Darstellungen von Lukaszek, Graf Toggenburg, Hanisch u. a. Den außen- und innenpolitischen Fragen im Westen dienen Aufsätze wie Saargebiet (Bumiller), Separatismus (Oberpräsident Fuchs), Rheinisch-westfälisches Industriegebiet (Ridding), Ruhrbedlungsverband (Hirtjesfer), Rhein (Zeck), Scheldefrage (Rüssel) usw. In den Dienst der Gegenwart gestellt wurden auch im neuen Band die großen Länderartikel und die Artikelserien über Preußen und Sachsen, über die preußischen Provinzen Pommern, Rheinprovinz, Sachsen, Schlesien, Schleswig-Holstein. Dem Deutschtum im Ausland gewidmet sind Artikel wie Siebenbürger, Schutzvereine, Sprachinsel u. a.

Neben dem Notwendigen — und das ist heute nicht wenig — war die Redaktion auch auf die Aufnahme von Beachtlichem, von „Interessantem“ bedacht, von Stichwörtern, deren Aufnahme in ein Staats- und Soziallexikon vielleicht im ersten Augenblick überrascht, die aber in ihrem Inhalt die soziale und kulturelle, in einzelnen Fällen auch die rechtliche Bedeutung der behandelten Objekte dartun. Es seien nur genannt Artikel wie Plakatrecht, Propaganda, Redekunst, Reklame, Rundfunk, Sammelwesen, Schallplatte, Schlagwort, Schwindelwesen (Wohlfahrts-, Unterstützungs-, Darlehens-, Wohnungs- usw. Schwindel), über Schrift und Schriftsteller, über politische und Wirtschaftspionage, über Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung (Fernhaltung und Vernichtung von das Leben und die Ertragsfähigkeit der Haustiere und Nutzpflanzen bedrohenden Lebewesen), über Romanismus und Romanität, Ritualmord, Schund und Schmutz, Sport usw.

Die Lebensfähigkeit des Staatslexikons ist bedingt von der Nachfrage, vom Absatz. Hier muß noch manches geschehen. Noch allzu viele Bibliotheken der Institute und Schulen, der Vereine und Organisationen sind nicht in seinem Besitz. Allzu viele Buchereien von Männern und Frauen, die berufen sind, an den Aufgaben der Zeit in Staat, Kirche oder Gemeinde, dienstlich oder ehrenamtlich, politisch oder sozial mitzuwirken, entbehren noch dieses Werkes, dessen hohen Wert Staatsmänner und Kirchenfürsten, Praktiker und Gelehrte, Inland und Ausland immer wieder betonen.

Die Arbeitslosigkeit und ihre Überwindung. Von A. Damaschke.

Verlag von Reimar Hobbing, Berlin. 80 Seiten. Preis 2,— RM.

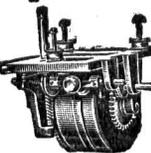
Die Arbeitslosigkeit, die noch niemals einen solchen Umfang angenommen hat wie heute, weckt die schwersten wirtschaftlichen, gesundheitlichen, politischen und kulturellen Gefahren. Jeder fühlt, daß etwas wirklich Durchgreifendes geschehen muß. Hier zeigt der Führer der deutschen Bodenreformer Wege, die aus dieser gefährvollen Not herausführen können. Es ist jedoch nicht recht einzusehen, warum Damaschke auf Seite 69 und 70 eine aus der Arbeitgeberliteratur stammende Aufmachung über ein Dierlei von Steuern, die die Wirtschaft belasten, aufführt. Die Wiedergabe dieser tendenziösen Aufstellung war u. E. gar nicht notwendig, um eine Vereinfachung des Steuerwesens zu begründen und hätte auch ohnedies wirksam vorgenommen werden können.

Die Schrift bespricht die Fragen der volksfremden Arbeiter, der Verlängerung der Schulpflicht, der Verkürzung der Arbeitszeit, der Erwerbslosen-Kleingärten, der Nebenerwerbsheimstätten u. a. und wendet sich an alle, die eine Verantwortung tragen. Und das sind im tiefsten Grunde wir alle, die wir durch das gleiche Wahlrecht verantwortlich sind für die Zustände in Gemeinde, Staat und Reich, die heute Millionen in Not, Enttäuschung, Verzweiflung treiben müssen!

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Baustellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.
Der „Sozialarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Sozialarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mt. 1,— pro Monat zu beziehen. Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geliebungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.

Lest unsere Tageszeitung
„Der Deutsche“
Das Fachblatt für strebsame Tischler
Handwerkskunst im Holzgewerbe
Vierteljährlich 2 Mark

Sprechmaschinen-Laufwerke



zum Selbsteinbauen 1a. Doppelschneckenfederwerk (2 Stück 30-cm-Platten spielend) **11.50**
nebst allem Zubehör nur Mk.
Regulateur- und Hausuhrwerke sowie Tonführungen aus Holz und Metall nach Katalog
Robert Husberg, Neuenrade N 9